

Inhalt

1. Der Bürger und die Kandidatenauswahl

Kritik an dem Verfahren der Kandidatenauswahl (11) – Berechnungen über die an der Auswahl Mitwirkenden (12).

1.1 Der Kandidatenvorschlag der Parteivorstände im Wahlkreis unter dem Einfluß der Parteimitglieder, der Wähler, der öffentlichen Meinung und der Medien (13) – Marktgesetzliche Kandidatenvorschläge? (14).

1.2 Die Kandidatenauswahl als gesetzliche und zwangsläufige Aufgabe der Parteien (15) – Identität der Parteien mit den politisch aktiven Bürgern (19).

1.3 Die Parteien und das Vereinsleben, Beispiel Fußballbund (20) – Die mäßige Anziehungskraft des Auswahlverfahrens (21) – Bewertung der Wahlbeteiligung (22).

1.4 Die Rechte der Parteimitglieder beim Nominierungsverfahren (22) – Vorwahlen wie in den USA? (22) – Rechtzeitige Einladung (23) – Briefwahl und Stimmübertragungsrecht? (24) – Vorschlagsrecht (27) – Geheime Wahl (27) – Personaldebatten – Zeitraum für Kandidatenwahl? (29) – Fehler bei der Kandidatenauswahl (31) – Wahlprüfungsverfahren (31).

1.5 Erstrebenswerte Bemühungen der Parteien um Mitarbeit (32) – Wandlung der Ortsverbände durch neue aktive Mitglieder (35) – Politikerauslese als Pflicht der dafür befähigten Wähler (36).

2. Erneut Wahlkreiskandidat

Die erneute Kandidatur als erfolgreichste Kandidatur (37).

2.1 Zahlen über die guten Wiederwahlchancen sowie Ursachen des Scheiterns oder Ausscheidens (37).

2.2 Das Prinzip Wiederwahl: Berufung und politisches Engagement (48), erschwerte Rückkehr ins Berufsleben (48), Reiz der gesellschaftlichen Stellung (50) und des erreichten Lebens- und Arbeitsstils (51) – Verweildauer im Bundestag (51).

2.3 Verbundensein mit dem Wahlkreis als Teil der Repräsentationsidee (51) – Der Wahlkreis als *Lobby* und Erfahrungsquelle des Abgeordneten (52) und als Prüfstein für seinen Gemeinsinn (53) – Dilemma der übermäßigen Beanspruchung durch den Wahlkreis (54) – Der Ortspolitiker als Parlamentarier (55) – Vereinbarkeit von Parlaments- und Wahlkreisarbeit (55).

2.4 Wiederwahl-Voraussetzung: Der Abgeordnete blieb als Politiker (56) und als Person unbeanstandet (57) – Der Politiker als zwangsläufiges Objekt der Kritik (57) – Die persönliche Bewährung als Qualifikation (58).

2.5 Wiederwahl aus der Sicht der Partei (59) – Selbstreinigungsfähigkeit der Parteien (60).

3. Erstmals Wahlkreiskandidat

Weniger Berufung, vielmehr Bewährung als Basis einer Wahlkreiskandidatur (61).

3.1 Hoffnungslose (61) und hoffnungsschwache Wahlkreiskandidaturen (63) – Bewährung auch bei aussichtsloser Kandidatur (64).

3.2 Parteipolitische Bewährung als Grundvoraussetzung (65) und Ausnahmen (66).

3.3 Die Partei und die Kandidatur, besonders eines Vorstandsmitgliedes (67) – Rivalitäten (67) – Größere Chancen des örtlichen Politikers (69) – Rücksichten der Parteivorstände bei ihren Delegierten- und Kandidatenvorschlägen (69) – Einfluß der Bundes- oder Landesvorstände (70).

4. Der Listenkandidat

Wachsende Bedeutung der Landeslisten wegen der sicheren Plätze, auch wegen der unsicheren Wählertrends (73).

4.1 Zahl und Umfang der Landeslisten der kleinen und großen Parteien (74) – Listennachfolger und Parteimitgliedschaft (75) – Listenplatz für Wahlkampfurlaub (78) – Geheime mittelbare Wahl der Listenkandidaten (78).

4.2 Die Landeslistenvorschläge der SPD, CDU und CSU in den großen Ländern (79) – § 27 Abs. 3 BWahlG (80) – Die ersten fünf Plätze der Landesliste (81) – Regionale Vorschlagsrechte (83), angestammte und neue Ansprüche (83) – Gruppenrepräsentanz (83) und umworbene Gruppen (84) – Fachleute (85) – Parteitagsbeschlüsse als taktischer Raster (85) – Bundesparteivorstände als

Bittsteller bei den Landesvorständen (86) und zusätzliche Pressionen (87) – Die vorige Landesliste und der Wille der Basis als Grundlage eines Listenvorschlages (87) – Beachtung einer Berufe-Repräsentanz, Einführung halboffener Listen? (89) – Macht der Delegierten bei Landeslisten mit geringen Erfolgchancen (89) – Die Berliner Bundestagsmitglieder (91).

4.3 Kontinuität der Landeslisten (91) – Ursachen für Wechsel (93) – Die neuen Listenabgeordneten: Vorherige Bewährung erstrangig, Protektion als früherer Mitarbeiter nachrangig (96).

4.4 Wahltaktische Experimente bei der 2. und 3. Bundestagswahl, auch in Wahlkreisen (98).

4.5 Die Sozialstruktur des Bundestages mit Über- und Unterrepräsentation (100) – Ausgleich durch Landeslisten? (101) – Unzureichende Aussagekraft der Berufsangaben (102) – Der öffentliche Dienst als formale Klammer vieler Berufe (104) – Keine Gefährdung der Gewaltenteilung (106) – Sogenannte Privilegien der Beamten als Abgeordnete (106) – Öffentliche Angelegenheiten als gemeinsame Basis der Beamten und der Abgeordneten (107) – Repräsentation der Verbandsangestellten, Rechtsanwälte und Journalisten (107) sowie der Frauen (109).

5. Der parteilose Kandidat

Die Wunschvorstellung einer freien Kandidatur (111).

5.1 Zulassung und Regelung freier Kandidaturen im Wahlrecht (112).

5.2 Einzelbewerber und Wählergruppen (113) – Zahlen aus den Bundestagswahlen 1976 bis 1983 (113).

5.3 Die angeblich parteilosen Abgeordneten von 1949: Freudenberg (113), Ott (114), Pfeiderer und Edert (116).

5.4 Fast Parteilose: Der frühere Labour-Abgeordnete Taverne (117) sowie der CDU-Mann Daniels (118) und die Beurteilung seiner Kandidatur durch das Bundesverfassungsgericht (119).

5.5 Wirklichkeitsfremde rechtssystematische Regelung parteiloser Kandidaturen im Wahlrecht (120).

6. Der Abgeordnete und die Akzeptanz

Auswahlbasis und Auswahlprozeß (121).

6.1 Der Aufstiegskandidat als Inbegriff des akzeptierten Politikers (122).

6.2 Einstiegs kandidaten ohne parteipolitische Akzeptanz (123).

6.3 Über die zwiespältigen Erfahrungen mit unabhängigen Persönlichkeiten in der Politik (124).

Hinweise

Parteien (126)

Vorschriften (127)

Wahlen und Wahlperioden (128).

Literatur (130)

Materialien (131)

Stichworte (132)